

„Unzutreffend und überraschend“

Landesregierung kommentiert Forderungsbrief aus Heidelberg

rie. Die Stadt Heidelberg muss ihre Internationale Bauausstellung (IBA) auch weiterhin weitgehend alleine finanzieren. Denn die Landesregierung Baden-Württemberg rückt nach dem Forderungsbrief, der Anfang vergangener Woche aus Heidelberg nach Stuttgart geschickt wurde (RNZ vom 27. Oktober), keinen Millimeter von ihrer Linie ab, nur projektbezogen, nicht aber grundsätzlich Gelder zur Verfügung zu stellen.

„Der seitens der Stadt Heidelberg öffentlich erhobene Vorwurf, die Landesregierung messe hinsichtlich der Unterstützung der IBA Heidelberg mit zweierlei Maß, ist in der Sache unzutreffend und angesichts des derzeitigen Sachstands mehr als überraschend“, heißt es in einer Stellungnahme des Staatsministeriums auf RNZ-Anfrage. Bei der IBA Heidelberg handele „es sich um ein einzelstadtbezogenes Projekt mit einer stark auf die Wissens- und Bildungslandschaft fokussierten Ausrichtung“. Daher sei auch das Wissenschaftsministerium seit 2012 „unterstützend und begleitend tätig“. Bislang seien für IBA-Projekte rund 1,3 Millionen Euro geflossen, mehrere Bauvorhaben des Landes hätten IBA-Projektstatus. Zudem unterstütze Wissenschaftsministerin Theresia Bauer die IBA seit Jahren. Und Heidelberg profitiere ja auch – unabhängig von der IBA – von der Städtebauförderung des Landes. „Allein im Programmjahr 2017 erhielt Heidelberg hieraus 2,5 Millionen Euro“, so das Staatsministerium. Weitere sechs Millionen Euro stünden zum Abruf bereit.

In dem Brief vom 23. Oktober, den neben Oberbürgermeister Eckart Würzner und IBA-Chef Michael Braum auch Vertreter des Vereins „Zukunft Metropolregion“ und der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar unterstützten, forderten die Unterzeichner eine institutionelle Förderung der IBA in einer Größenordnung von einer Million Euro pro Jahr. Besonders ärgerte die Briefeschreiber, dass der IBA Stuttgart eine grundsätzliche Förderung in Aussicht gestellt wurde, nicht aber Heidelberg.

Offenbar hat der Zeitpunkt dieses Briefes in Stuttgart für Irritation gesorgt. Denn die Landesregierung stehe, so heißt es in der Stellungnahme, „seit Monaten mit der Stadt in offenem Gespräch“, um auszuloten, wie die Planung für Patrick Henry Village (PHV) aus Städtebaufördermitteln unterstützt werden könne – über die übliche Projektumsetzungsförderung hinaus. Im Sommer habe es ein „konstruktives Auftaktgespräch“ gegeben, in dem „das Land der Stadt sehr entgegengekommen“ sei. Auf der Arbeitsebene, betont die Landesregierung, arbeite man gut zusammen.